

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2021
Tagesordnungspunkt: PB-W Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

- 1 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne
- 2 Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren Wasserstoff
- 3 sind wir Europäer*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das Pariser
- 4 Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische
- 5 Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die
- 6 Märkte der Zukunft klimaneutral sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr. In den
- 7 Unternehmen, den Köpfen und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der Wille, in
- 8 die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer*innen neue Ideen
- 9 und Geschäftsmodelle entwickeln. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative
- 10 Handeln, die Dynamik eines fairen Wettbewerbs, die Stärke von gesellschaftlicher Kooperation
- 11 innovativ Probleme löst.
- 12 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser
- 13 Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus und
- 14 weitgehend unregulierten Tech-Giganten behaupten. Die Pandemie hat viele Wirtschaftszweige
- 15 hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die
- 16 Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist unser
- 17 Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Menschen bezweifeln zunehmend, dass ein
- 18 blindes Wachstum, das zu großen sozialen und ökologischen Problemen führt, richtig ist. Wenn
- 19 wir es jetzt aber klug anstellen, können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen.
- 20 Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft in Europa begründen, die Wohlstand und
- 21 Wachstum mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist
- 22 Ausgangspunkt für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft,
- 23 Lebensqualität sichert und uns Menschen freie Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten
- 24 Wohlstand schaffen kann.
- 25 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht,
- 26 weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse,
- 27 verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben Unternehmen
- 28 Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.
- 29 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und sozial
- 30 gestalten, können sie mit ihrer Wucht Innovationen entfachen, die wir für die Transformation
- 31 brauchen. Damit das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und
- 32 ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir schaffen
- 33 Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische Regeln, um
- 34 nachhaltig zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren. Wir geben dem Wachstum eine
- 35 Richtung und bemessen Wohlstand neu. Wir starten eine umfassende Investitionsoffensive,
- 36 öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen und

37 Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken. Dafür setzen wir auf eine
38 vorsorgende Haushaltspolitik.

39 Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und sorgen dafür, dass sich
40 sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung stärker
stellen.

41 Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der
42 demokratischen Politik zu behaupten. Hohe Einkommen und Vermögen sollen mehr zur
43 Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit
44 gering ist, sind zufriedener Gesellschaften.

45 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer*innen können wir
46 mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und
Innovationen
47 vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz des
48 europäischen Marktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir uns für
49 eine gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot des
50 internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit nachhaltiges
51 Wirtschaften befördert. Als Europäer*innen investieren wir gemeinsam in Klimaschutz,
52 Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein Green New Deal. In einer
53 Bundesregierung werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union der erste CO₂-freie
54 Wirtschaftsraum wird.

55 Mit all diesem legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa erfolgreiche
56 Industriestandorte mit hoher Wertschöpfung, starkem Sozialstaat und guten Arbeitsplätzen
57 bleiben. Dafür, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden,
58 dass zukunftsfähige neue Jobs im Handwerk, bei Start-ups und in der Dienstleistungsbranche
59 entstehen – in traditionsreichen und innovativen Industrieunternehmen, im Maschinenbau, in
60 kleinen und mittelständischen Betrieben. Wir wollen, dass Deutschland und Europa auch bei
61 neuen Technologien die Spitze beanspruchen – seien es E-Autos, saubere Batterien,
62 Quantencomputer, Künstliche Intelligenz oder moderne Biotechnologie. Mit einer aktiven
63 Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten zukunftsfähigen
64 Unternehmen gute Bedingungen. So machen wir aus der Marke „Made in Germany“ ein
Gütesiegel
65 für zukunftsfähige Industrie in einem klimaneutralen Europa.

66 Wir fördern Unternehmergeist, Wettbewerb und Ideen

67 **Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

68 Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Das
69 Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn Jahre
70 sträflich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch der Staat
71 seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel
72 ausgerichtet werden, wird Europa den Anschluss an moderne Zukunftstechnologien halten und
73 sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten in der nächsten
74 Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. In schnelles Internet, überall. In

75 Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie. In klimaneutrale
76 Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse und moderne
77 Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im
78 Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird, und in diesem Jahrzehnt
79 pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. So gelingt die sozial-ökologische
80 Transformation, so schaffen wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die Wettbewerbsfähigkeit
81 unseres Landes in einer handlungsfähigen Europäischen Union.

82 **Neustart nach der Corona-Krise**

83 Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich hoch
84 verschulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten ihr
85 Geschäft aufgeben. Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und
86 Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen getroffen.
87 Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt den besonders betroffenen Branchen
88 helfen. Damit sichern wir Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und setzen zielgenaue
89 konjunkturelle Impulse. Hierfür dehnen wir den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen
90 attraktive und zeitlich begrenzte Abschreibungsbedingungen ein und helfen kleinen und
91 mittleren Unternehmen, sich mit vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu
92 aufzustellen, ohne Insolvenz anmelden zu müssen. Falls Corona-Soforthilfen zurückgezahlt
93 werden müssen, benötigen die Unternehmen großzügige Stundungen. Für Selbständige braucht
94 es
95 vor allem sichere Aufträge durch handlungsfähige Kommunen, die wir unter anderem durch eine
96 abgestimmte Kulturförderpolitik stärken wollen.

96 **Klimaschutztechnologien made in Germany**

97 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in
98 Germany
99 soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und innovative
100 Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und
101 Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche Investitionen
102 realisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen setzen.
103 Dafür erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen sollen
104 zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können. Die
105 steuerliche Förderung von Forschung für KMU erhöhen wir. Öffentliche Investitionszuschüsse
106 sollen gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen, dauerhafte
107 Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

107 **Ein Gründungskapital einführen**

108 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue Gründer*innenwelle. Mit
109 einem
110 unbürokratischen Gründungskapital, das Gründer*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000
111 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee an zu wenig Eigenkapital
112 scheitert. Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein Verwaltungsdickicht zu

112 quälen, sollen sie Information, Beratung und Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle
113 erledigen können – überall in Deutschland. In den ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend
114 von Melde- und Berichtspflichten befreit werden. Frauen sind bei Gründungen noch
115 unterrepräsentiert, sie wollen wir gezielt fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds
116 nur für Frauen. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut werden,
117 hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen Vergabe
118 beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und Regeln zur
119 Eignungsprüfung. Gerade bei ausbleibender Finanzierung wollen wir die gemeinwohlorientierte
120 Entwicklung von digitalen Lösungen fördern.

121 **Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien**

122 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des
123 deutschen CO₂-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze und sind
124 ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum Technologievorreiter
125 bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim weltweiten
126 Einsatz grüner Technologien „made in Germany“ eine Schlüsselrolle einnehmen. So bekämpfen
127 wir die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Mit
128 Investitionszuschüssen und einer degressiven Abschreibung fördern wir direkt die
129 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung treiben wir
130 die
131 Dekarbonisierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contract for Difference), die die
132 Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten
133 erstatten, sorgen für Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler
134 Grundstoffe schaffen wir Leitmärkte für CO₂-freie Produkte. In der Chemieindustrie wollen
135 wir die Transformation weg von Öl und Plastik hin zu nachwachsenden Rohstoffen voranbringen.

135 **Automobilindustrie im Aufbruch**

136 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der Wettbewerb um das
137 emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch die
138 Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es Entschlossenheit und
139 Zusammenarbeit, damit unsere Autobauer in Zukunft wieder die Nase vorn haben. Klar ist: Der
140 fossile Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie
141 Autos neu zulassen. Wir unterstützen bei Forschung und Innovation und sichern einen
142 schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und eine weitere Förderung des Markthochlaufs
143 von emissionsfreien Fahrzeugen zu. Aktuell haben Deutschland und Europa den Anschluss bei
144 der Batteriezellenproduktion und damit viel Wertschöpfung verloren. Das darf sich bei den
145 Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender sind, nicht
146 wiederholen. Wir wollen Europa zum Weltmarktführer einer ökologischen
147 Batteriezellenproduktion machen, zu der ein wirksames Recyclingsystem gehört sowie die
148 Forschung und Entwicklung der nächsten Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare
149 Vorgaben bei den Ökostandards und ein umfassendes Forschungs- und Förderprogramm. Wir
150 wollen
151 zudem die besonders betroffenen Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und -
152 fonds unterstützen.

152 **Europäische Halbleiterindustrie stärken**

153 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn auch
 154 gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale Strukturförderung,
 155 wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Batteriezellfertigung oder Förderung der
 156 Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung entscheidend. Um kritische
 157 Abhängigkeiten zu verringern, soll die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie wie
 158 von der EU-Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut
 159 werden. Das gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie für
 160 industrielle Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in denen eine
 161 besonders dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist. Hierzu müssen Investitionen
 162 entlang der Halbleiter-Wertschöpfungskette erhöht werden.

163 **Kreislaufwirtschaft mit einer Reparatur- und Recyclingindustrie**

164 Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe – die
 165 endlich sind und uns abhängig machen. Ob Verpackung, Auto oder Laptop – wir schaffen die
 166 gesetzlichen Grundlagen dafür, um alle Produkte lange zu verwenden, reparieren und recyceln
 167 zu können. Im Ergebnis heißt das bis 2050: kein Müll mehr, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in
 168 einer neuen europäischen Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von
 169 Ressourcen und Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit stärkeren
 170 Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten und gezielten Förderprogrammen.
 171 Bis 2030 werden wir alle Güter und Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem
 172 digitalen Produktpass ausstatten, der alle wichtigen Informationen über Design,
 173 Reparierbarkeit und Materialien enthält, die wir für die Kreislaufwirtschaft brauchen.

174 **Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskultur beleben**

175 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards geforscht.
 176 Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung – müssen
 177 aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstofffolge machen dabei Mut: Aus einer
 178 Zufallsentdeckung wurde eine völlig neue Technologie, die in Rekordzeit die Entwicklung und
 179 Produktion gleich mehrerer Corona-Impfstoffe ermöglicht hat. Vielfach mangelt es in der
 180 deutschen Wissenschaft an einer lebendigen Gründungskultur, strukturelle Hemmnisse
 181 verhindern Ausgründungen. Die bestehenden Förderprogramme reichen nicht aus. Wir wollen
 182 den
 182 Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und
 183 Entrepreneurship-
 183 Ausbildungen vorantreiben. Statt unattraktiver Lizenzregelungen wollen wir die stille
 184 Beteiligung der öffentlichen Institutionen zum neuen Ausgründungsstandard machen.

185 **Frauen an die Spitze**

186 Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen diverse
 187 Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich deshalb
 188 auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft abbilden.
 Obwohl

189 Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Freiwillige
190 Regelungen haben nichts gebracht. Deshalb soll zukünftig mindestens ein Drittel der
191 Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei einer Neubesetzung an eine Frau
192 gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende Elternzeitregelungen
193 im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen bei Neubesetzungen
194 einen Frauenanteil von 40 Prozent anstreben. Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind
195 oder an denen der Bund beteiligt ist, sollen mit klaren Plänen für paritätische
196 Betriebsstrukturen als gutes Beispiel vorangehen. Die Wirtschaftsförderung wollen wir
197 geschlechtergerechter ausgestalten und Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit
198 gezielten Maßnahmen fördern, zum Beispiel durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds nur für
199 Gründerinnen.

200 **Fachkräftemangel bekämpfen**

201 Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Menschen im
202 erwerbsfähigen Alter um 6 Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der
203 Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken. Dem
204 wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und berufsbegleitende
205 Bildung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine
206 Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen,
207 Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft
208 noch im Weg stehen, bauen wir ab. Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der
209 Einführung einer Talentkarte und einer schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und
210 Berufsabschlüsse, auch wechselseitig in der EU. Geflüchtete sollen die Möglichkeit zum
211 Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr
Rechtssicherheit
212 und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen Betriebe,
213 die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben,
bei
214 Bedarf durch Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

215 **Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik**

216 Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig. Hier
217 entstehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert Wertschöpfung in
218 den Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus
219 Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer
220 breitenwirksamen Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und Genehmigungen und
einer
221 effizienten, digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und
222 Transformation. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben
223 ausgetestet und mit Anwender*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen
gemeinsam
224 verbessert werden. Dafür ist die konsequente Anwendung und Verbesserung sogenannter KMU-
225 Tests auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich. Förderprogramme und
226 Investitionszuschüsse wollen wir so ausgestalten, dass sie vor allem KMU zugutekommen. Dafür

227 sollen sie deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem sollen
228 passgenaue Beratungen für Digitalisierung und Klimaschutz gefördert werden, auch über
229 längere Zeiträume.

230 **Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern**

231 Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet sich durch
232 eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom
233 mittelständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb. Das
234 Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Es bietet gerade im
235 ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive. Gerade für sie liegen in der ökologischen
236 Transformation riesige Chancen – von der Gebäudesanierung bis zum Heizungstausch. Durch
die
237 Senkung der EEG-Umlage sorgen wir für bezahlbare Strompreise. Durch Bürokratieabbau, die
238 Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen
239 wir die Rahmenbedingungen verbessern. Oberstes Ziel ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit
240 der Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine stärkere
241 Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von
242 beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum Handwerk und
243 zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und Zugang zu
244 Stipendien.

245 **Kultur schafft Wohlstand**

246 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in
247 Deutschland. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und Kulturschaffenden
248 allein im Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als beispielsweise die
249 chemische Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
250 durch die Corona-Krise existenziell bedroht. Nur mit gezieltem Schutz und verbesserter
251 Förderung werden wir große Teile unseres kulturellen Lebens vor dem Wegbrechen retten
252 können. Wir erweitern den Innovationsbegriff in den Programmen zur
253 Existenzgründungsförderung, sodass davon auch die Kultur- und Kreativwirtschaft profitiert.
254 Förderprogramme schneiden wir spezifisch auf die Bedürfnisse der Kultur- und
255 Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungsförderung aus der Arbeitslosigkeit
256 bedarfsgerecht aus.

257 **Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen**

258 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfacher
259 Arbeitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf die
260 Beine helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer und sozial
261 nachhaltiger gestalten. Ein ökologischer und sozial blinder Massentourismus mit
262 klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem
263 Ressourcenverbrauch hat keine Zukunft. In einem nachhaltigen Tourismus liegen hingegen
264 riesige Chancen. Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen
265 Regionen gezielt entwickeln, zum Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und

266 Wasserwege. Mit einem Jedermannsrecht in öffentlichen Gebieten, wie in Skandinavien üblich,
267 wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nr. 1
268 werden – durch ein europäisches Nachtzugnetz und die gezielte Anbindung touristischer
269 Regionen an das Bahnnetz. So kann der Tourismus dabei mithelfen, eine Welt zu erhalten, die
270 es sich auch in Zukunft noch zu bereisen lohnt.

271 Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen

272 **Wohlstand neu bemessen**

273 Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel
274 breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands
275 und der Unternehmen nicht nur an Wachstum und Rendite, sondern auch anhand sozialer,
276 ökologischer und gesellschaftlicher Kriterien messen und die Wirtschaftsförderung
277 entsprechend ausrichten. Dafür soll in Zukunft neben dem Jahreswirtschaftsbericht ein
278 Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser berücksichtigt dann zum Beispiel auch
279 den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten Einkommensverteilung oder auch guter Bildung
280 zum Wohlstand unserer Gesellschaft.

281 **Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten**

282 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um die
283 Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst
284 Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine gestärkte
285 Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer dekarbonisierten
286 europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine
287 ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die ökologische
288 Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen wir
289 dafür, dass die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des
290 Green Deal gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt- und Artenschutz
291 entfalten. In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen
292 Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

293 **Die Macht des europäischen Binnenmarkts für die Transformation nutzen**

294 Der europäische Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen Wettbewerb
295 auf seinen hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und
296 Gesundheitsschutz sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards wollen
297 wir im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und
298 ausbauen, denn sie stärken die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung
299 von Skaleneffekten und begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung zu
300 gestalten, müssen wir Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Die
301 globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern, indem wir sicherstellen, dass
302 Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international Verantwortung für ihre
303 Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten Wertschöpfungskette übernehmen. Die
304 Handlungsspielräume von Kommunen in Europa wollen wir erhalten und die Daseinsvorsorge

vor

305 Liberalisierungsdruck schützen.

306 **Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken**

307 Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit mehr
308 zählt als kurzfristige Rendite. Wir unterstützen insbesondere Genossenschaften und
309 Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem Handeln
310 verbinden. Dafür schaffen wir zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und wollen die
311 Programme der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser Ziel ist
312 eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierten
313 Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften systematisch
314 verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den Gründungszuschuss der
315 Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch von
316 Erfolgskriterien von Social Start-ups abhängig machen. Nicht genutzte Guthaben auf
317 verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbansprüche vorhanden sind – für einen Fonds
318 nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert.

319 **Verantwortungseigentum stärken**

320 Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für Verantwortungseigentum ein.
321 Immer mehr Unternehmer*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell
322 konsumierbares
323 Vermögen. Sie wollen, dass der Zweck ihres Unternehmens nicht dem kurzfristigen Shareholder-
324 Value dient, sondern langfristig dem Sinn und Zweck des Unternehmens. Dafür brauchen sie
325 eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen
326 ermöglicht
327 und ansonsten die Flexibilität der GmbH beibehält. Gewinne werden reinvestiert oder
328 gespendet. Die Stimmrechte so einer „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ können von
329 den
330 Beschäftigten im Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten werden – sie werden
331 nicht meistbietend verkauft, sondern, ähnlich wie in anwaltlichen Partnerschaften, immer an
332 aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

330 **Wir bringen die Digitalisierung voran**

331 **Eine europäische Cloud-Infrastruktur**

332 Daten sind die Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Technologien wie die
333 Künstliche Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze schaffen, um
334 eine gemeinsame, freiwillige Nutzung nicht personenbezogener Daten zum Beispiel aus
335 Entwicklungs- und Fertigungsprozessen zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Davon
336 profitiert vor allem der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für
337 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle, die eine gemeinsame und
338 durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Wir wollen eigene
339 europäische Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische Infrastruktur wollen wir
340 schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur verwirklichen.

341 **Hightech-Standort ausbauen**

342 Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler*innen und
343 Unternehmer*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer Forschungs- und
344 Unternehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und
345 entschlossenen Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche
346 Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie
347 oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir besonders
348 fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der weltweiten
349 Konkurrenz vorne mitspielen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die ökologischen
350 und sozialen Potenziale der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die
351 Lebensbedingungen der Menschheit und sichern den Wohlstand von morgen. Um im
internationalen
352 Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken europäischen Vernetzung
von
353 Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung und die Bildung von Clustern in diesen
354 Bereichen. Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch, die dringend benötigten
355 Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das, für Spitzenwissenschaftler*innen auch
356 Spitzengehälter zu zahlen.

357 **Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben**

358 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch
359 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
360 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf nationaler und
361 europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und
362 einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher Wagniskapitalfonds kann
363 helfen, unseren Gründer*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch mehr und
364 noch schneller zu investieren. Es geht aber auch darum, Kapital eine Richtung zu geben. Der
365 Zukunftsfonds muss mehr nachhaltige Leuchtturm-Projekte finanzieren, dabei insbesondere in
366 Bereiche wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität oder Life-Sciences,
367 deren hochkomplexe Geschäftsmodelle keine einfache Finanzierung am Markt bekommen.

368 **Internetgiganten regulieren**

369 Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen Märkten ein.
370 Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internetgiganten wird dieser eingeschränkt oder gar
371 aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch das
Bundeskartellamt
372 geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender Konkurrenz („Killer
373 Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine Gelegenheit zur
374 Stellungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer digitalen Dienste sowie
375 Datenportabilität sind wo immer möglich von bereits marktbeherrschenden Unternehmen
376 verpflichtend zu gewährleisten. Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen Kartellamts
377 wollen wir deshalb eine europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem
378 fungiert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.

379 Unternehmen sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können,
wenn
380 ihre Marktmacht zu groß wird.

381 **Mehr Frauen in der Digitalwirtschaft**

382 Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre
383 Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der
384 Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für
385 Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir brauchen
an
386 den Hochschulen eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für
387 Informatikstudiengänge sowie mehr Frauen in den Hochschulgremien, wo diese
388 Richtungsentscheidungen getroffen werden. In der Digitalbranche ist ein Kulturwandel
389 erforderlich, auch um unser volles Innovationspotenzial auszuschöpfen. Freiwillige und
390 verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um diskriminierungsfreie
391 Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu Gestaltungspositionen in der digitalen
392 Transformation zu ermöglichen. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein Leitprinzip
393 für alle Digitalstrategien sein.

394 **Transparente Algorithmen**

395 Datenverarbeitende und selbstlernende Systeme haben das Potenzial, neues Wissen zu
396 generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Autonom entscheidende Systeme
sind
397 nicht neutral. Sie beruhen auf Daten und damit auch auf Werten und Vorurteilen aus der
398 analogen Welt. Wir wollen daher Transparenz, Überprüfbarkeit und Grenzen, damit
399 algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir schaffen einen nach
400 Risiken abgestuften Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer Systeme, klare Regeln zur
401 Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz und zur Datenqualität, um Kontrolle und Haftung zu
402 ermöglichen. Das bedeutet auch eine Modernisierung des Allgemeinen
Gleichbehandlungsgesetzes
403 sowie strenge Kriterien für den Einsatz von algorithmischen und automatischen
404 Entscheidungen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter müssen
405 ihre automatisierten Entscheidungen, Vergleiche oder Preise transparent machen und erklären
406 können.

407 **IT-Sicherheit als Standortfaktor**

408 Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die
409 Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese zu
410 gewähren. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger Standortfaktor. Wer digital
411 souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller nicht
412 unterlaufen. Wir setzen Anreize für beste IT-Sicherheit durch unabhängige Auditierungen und
413 Zertifizierungen und wollen vor allem die KMUs sehr viel stärker durch ein dezentrales und
414 unabhängiges IT-Beratungsnetzwerk unterstützen. Wir stärken unabhängige Aufsichtsstrukturen
415 und schaffen neue Sanktionsmechanismen. Die IT-Sicherheit gefährdende Maßnahmen, wie den

416 Handel und das staatliche Offenhalten von Sicherheitslücken, wollen wir beenden und eine
417 Meldepflicht schaffen.

418 Wir kämpfen für einen fairen und nachhaltigen Handel

419 **Neustart für gute Handelsverträge**

420 Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur Vertiefung
421 internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in Zeiten,
422 die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen demokratischen
Staaten
423 und China stehen, setzen wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen
424 multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen dienen,
die
425 Umwelt- und Klimaschutz einfordern und die Beziehungen mit unseren Partnern im Einsatz für
426 Demokratie und Freiheit stärken. Eine Zersplitterung von Handelsbeziehungen erschwert ein
427 internationales Miteinander. Die Chance, mit der neuen US-Administration die
428 Handelskonflikte beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale Produkte zu
429 schaffen, wollen wir ergreifen. Umweltschädliche Abkommen wie das EU-Mercosur-Abkommen
mit
430 lateinamerikanischen Staaten lehnen wir ab. Europa kann aufgrund des großen gemeinsamen
431 Binnenmarktes selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische Handelsverträge
432 müssen verbindliche und durchsetzbare Umwelt- und Sozialstandards enthalten. Dazu zählt, das
433 Pariser Klimaschutzabkommen sowie ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und einklagbar zu
434 machen. Handelsabkommen sollten nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch ihre
435 Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns für einen multilateralen Handelsgerichtshof bei den
436 Vereinten Nationen ein, der beides abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch Handels-
437 und Investitionsklagen nicht noch mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien für
438 ausländische Investoren ab. Die EU sollte aus dem vollkommen aus der Zeit gefallenem
439 Energiecharta-Vertrag aussteigen. Am CETA-Abkommen haben wir erhebliche Kritik. Wir wollen
440 daher das CETA-Abkommen in seiner derzeitigen Fassung nicht ratifizieren, sondern es bei der
441 Anwendung der derzeit geltenden Teile belassen.

442 **Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb**

443 Damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer*innen gelten, muss Europa
444 reagieren können, wenn aus Drittländern mit unfairen Mitteln auf dem europäischen
445 Binnenmarkt agiert wird, sowie eine aktive Außenwirtschaftspolitik betreiben. Dafür müssen
446 Anti-Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente weiterentwickelt werden, um ein Level Playing
447 Field auf globalen Märkten zu erreichen. Die Anti-Dumping-Regeln müssen noch stärker als
448 bisher auch bei Dumping durch niedrige ökologische und soziale Standards anwendbar sein.
449 Durch eine Reform des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich
450 geförderte Konzerne aus anderen Weltregionen verhindert werden. Die deutsche
Exportförderung
451 muss in Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions
452 unterstützen, die Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Mit der EU-

453 Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter
 454 Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil wird. Fairer Wettbewerb braucht auch neue
 455 rechtliche Instrumente gegen den wettbewerbsverzerrenden Charakter von Subventionen
 456 ausländischer Regierungen für aufgekaufte europäische Unternehmen und deren Produktionen
 in
 457 Europa.

458 **Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden**

459 Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig, wie fair
 460 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden. Dieser muss sich
 461 am Pariser Klimaabkommen sowie an der Agenda für nachhaltige Entwicklung orientieren. Es
 462 braucht im Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte
 463 Handelspolitik mit den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung, regionalen
 464 Handel und Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und Quoten ihre
 465 Märkte zu schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu
 466 beschränken. So wird der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für
 467 Entwicklungsländer auf verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden.

468 **Lieferkettengesetz europäisch umsetzen**

469 Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur basiert,
 470 obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards
 sowie
 471 Menschenrechte entlang der gesamten internationalen Produktions- und Lieferkette
 472 durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler
 473 wie europäischer Ebene. Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar,
 474 auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können.

475 Zugleich ermöglicht ein verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und
 476 schafft Rechtssicherheit. Auf EU-Ebene werden wir uns zudem für einen Importstopp für
 477 Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler Entwaldung und
 478 Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird Wald, insbesondere so
 479 wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender Geschwindigkeit abgeholzt und
 480 abgebrannt – auch für den Anbau von Soja und Palmöl oder zur Produktion von Leder, die in
 481 die EU importiert werden. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken und Strategien zur
 482 Reduktion von Palmöl und Soja in Deutschland voranbringen. Zur Kompensation gerodeter
 Wälder
 483 fördern wir hier und weltweit Wiederbewaldung und Renaturierung ohne Monokulturen.

484 **Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger**

485 **Grüne Finanzmärkte**

486 Noch immer werden Milliarden in fossile Energien – und damit gegen unsere Zukunft –
 487 investiert. Wir werden durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus diesen
 488 Investitionen zurückzieht. Öffentlich-rechtliche Banken und Pensionsfonds müssen eine
 489 Vorreiterrolle bei der grünen Finanzwende und dem Divestment einnehmen. Klimarisiken sollen

490 offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden sowie bei
491 Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine
492 Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind neben
493 den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und
494 Entwicklungsziele zu berücksichtigen. In der Anlageberatung muss diese Bewertung einfließen.
495 Für besonders nachhaltige Finanzprodukte wollen wir ein EU-Label schaffen. So sorgen wir
496 dafür, dass Kapital von schmutzigen in grüne und nachhaltige Investitionen umgelenkt wird.

497 **Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt**

498 Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die staatliche
499 Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die Bilanzen
500 blickte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder Bilanzen
501 durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen, dass
502 Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer*in wechseln müssen.
503 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die sie
504 prüfen. Wirtschaftsprüfer*innen sollen nicht vom Unternehmen selbst, sondern von
505 Unabhängigen ausgewählt werden. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel gesetzlich
506 verankert werden. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich beaufsichtigt
507 werden. Die persönliche Haftung von Entscheider*innen in Unternehmen muss bei
508 Rechtsverstößen tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und
kompetent
509 besetzt werden. Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg
510 statt am kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

511 **Eine Finanzaufsicht mit Zähnen**

512 Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu
513 ermöglichen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig zuvor,
514 kläglich versagt. Als Aufseher verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und zeigte
515 Journalist*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein für
516 Wirecard gleich. Anleger*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich auch
517 das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche
518 Unternehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und
519 Selbstverständnis der BaFin müssen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine
520 Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens. Wir
521 wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die Informationen mit
522 allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht.

523 **Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden**

524 Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr für die
525 Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die
526 Steuerzahler*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken sollen
527 nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer
528 undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die
529 Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs schließen wir,
530 jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein. Wir werden die Schuldenbremse (Leverage

531 Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise erhöhen. Das riskante
 532 Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden
 533 (Trennbankensystem). Es braucht eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken sollen
 534 entflochten werden. Für kleine Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem ausgeht,
 535 sollten hingegen einfachere Regeln gelten. Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir,
 536 unter anderem durch eine europäische Finanztransaktionssteuer mit breiter
 537 Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen.

538 **Schmutziges Geld einziehen**

539 Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden
 540 Strategie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und sonstigen
 541 Konstrukten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten bestehen.
 542 Lücken und Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen. Die
 543 Finanzaufsicht muss in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt
 544 Verdachtsmeldungen nur weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei Immobilien, bleibt
 545 Geldwäsche besonders oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für
 Prüfungen,
 546 Ressourcen und Personal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Geldwäsche
 547 soll vollständig auf den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden wir
 548 umfassend abschöpfen. Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen wir
 549 erleichtern und die Dauer von Transaktionsverboten verlängern, um die Strafverfolgung zu
 550 sichern.

551 **Digitalen Euro einführen**

552 Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem, schnell und
 553 kontaktlos und soll noch sicherer werden. Wir wollen, dass die Europäische Zentralbank (EZB)
 554 einen digitalen Euro schafft. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit für
 555 Verbraucher*innen und Unternehmen. Sie wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole
 556 entgegen. Private Firmen können auf dieser Grundlage Produkte und Apps aufbauen. Ein
 557 digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab, sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung des
 558 Geld- und Währungsmonopols durch private Währungen lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen
 559 Zahlungen und Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog
 zu
 560 Regelungen beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur Bekämpfung von
 561 Verbrechen wie Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder,
 562 Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen
 563 Bezahlens klare Regeln.

564 **Wir vollenden die Europäische Wirtschafts- und** 565 **Währungsunion**

566 **In Europas Zukunft investieren**

567 Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen Infrastruktur.
 568 Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß gefahren
 569 und nicht investiert wurde. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der

570 Batterieproduktion droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU konsequent
571 in Klimaschutz, Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür weiten wir den EU-
572 Haushalt deutlich aus und statten ihn mit eigenen Einnahmen aus. Die EU soll die Einnahmen
573 des CO₂-Grenzausgleichs erhalten. Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und
574 möglichst auch der Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Den neu geschaffenen
575 Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt, ermöglichen so
576 eine demokratische Kontrolle und nutzen ihn auch dauerhaft, um in wichtige Zukunftsbereiche
577 zu investieren, etwa gemeinsame europäische Energienetze oder ein Schnellbahnnetz. Wir
578 wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so
579 reformieren, dass ein zu hoher Spardruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen
580 Mitgliedsländern weiter erhöht werden können.

581 **Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen**

582 Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik Europas
583 verhindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU ein Instrument für eine
584 dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält, dessen Einsatz im Krisenfall nicht durch einzelne
585 Länder blockiert werden kann, sondern das den gemeinsamen europäischen Institutionen
586 untersteht. Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird zu einem europäischen
Währungsfonds
587 weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine nicht konditionierte kurzfristige
588 Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten schon im Vorfeld abgewendet. Die
589 Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung als Rückversicherung vollendet,
590 damit ein Euro überall gleich viel wert ist. Wir stehen zur Unabhängigkeit der Europäischen
591 Zentralbank und befürworten ein breiteres Mandat, das ihr erlaubt, gleichberechtigt zur
592 Preisstabilität auch Wohlstandsmehrung und hohe Beschäftigung anzustreben. Durch eine
593 gemeinsame Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und sorgen dafür, dass sie künftige
594 Brände nicht wieder alleine löschen muss.

595 **Euro zur Leitwährung machen**

596 Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung
597 entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein
598 starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen Weltwährungssystem
599 finden. Der Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die europäische
600 Werte auf der globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische
601 Vermögenswerte schaffen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie Investitionen
602 in Klimaschutz soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die internationale
603 Rolle des Euro zu stärken, braucht es aber auch inner-europäische Solidarität: Wir wollen
604 Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie wirtschafts-
605 und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

606 Wir Haushalten solide, weitsichtig und gerecht

607 **Bundeshaushalt wird zukunftstauglich**

608 Wir wollen den Bundeshaushalt nachhaltiger und gerechter machen. Nachhaltiger wird er, wenn
609 wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch subventionieren die
610 öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro klimaschädliches Verhalten,
611 zum Beispiel mit der Subvention für Diesel oder schwere Dienstwagen. Wir werden diese
612 Subventionen schrittweise abbauen und den Bundeshaushalt klimagerecht machen. In einem
613 ersten Schritt können wir so über 10 Milliarden Euro jährlich einnehmen und sie für die
614 Finanzierung von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des
615 Bundes streben wir eine Klimaquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung
616 dieser nachhaltigen Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit Gender-Budgeting erreichen
617 wir eine konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei
618 finanz- und haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter.

619 **Sorgsamer Umgang mit Steuergeld**

620 In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt verschwendet.
621 Die
622 Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in teure
623 Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben sich
624 für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer erwiesen.
625 Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Wir werden künftig
626 Transparenz herstellen und ÖPP-Verträge veröffentlichen. Infrastruktur wird die öffentliche
627 Hand künftig wieder selbst finanzieren und kann so auf ÖPP-Verträge verzichten. Im
628 Straßenbau wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle bei Bauvorhaben
629 und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert.

629 **Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen**

630 Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen
631 sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben aber
632 ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland gehört
633 beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser
634 Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden.
635 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz zeitgemäß gestalten – um die so dringenden
636 Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen
637 strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben
638 wir eine begrenzte Kreditaufnahme. So schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen
639 gehört, denn die Rendite öffentlicher Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen
640 für seine Kredite bezahlt. Das schafft ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das
641 sicherstellt, dass unsere Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft weiter abnehmen. Die
642 kluge Unternehmerin spart nicht, sie investiert. Der kluge Staat tut es ihr gleich.

643 **Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

644 Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens. Angesichts der Corona-
645 Krise wird die öffentliche Haushaltslage in den kommenden Jahren sehr angespannt sein. Daher
646 müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens aufkommensneutral sein. Ziel ist, dass
647 alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen
648 über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir,
649 indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere
Einkommen
650 zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben. Ab einem
651 Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro für Paare wird eine neue
652 Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem Einkommen von 250.000 bzw.
653 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem Spitzensteuersatz von 48 Prozent. Zusätzlich
654 werden hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als
655 Betriebsausgaben zugelassen. Die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge schaffen wir ab und
656 besteuern diese Einkommen wieder progressiv. Damit zahlen diejenigen mit hohen
Zinseinkommen
657 und Spekulationsgewinnen höhere Steuern, Aktienkleinanleger*innen werden entlastet. Mit der
658 immer stärker steigenden Ungleichheit finden wir uns nicht ab, sondern wollen große Vermögen
659 nach der Corona-Krise wieder besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente. Die
660 Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die
661 Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wachsenden
662 Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von 2 Millionen
663 Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen. Begünstigungen für Betriebsvermögen
664 werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen.
665 Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche Anreize für Investitionen schaffen und die
666 besondere Rolle und Verantwortung von mittelständischen und Familienunternehmen
667 berücksichtigen.

668 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorgehen**

669 Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler*innen hohe Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung
670 und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie dagegen
671 vorgehen. Die europäische Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine Verpflichtung
672 für rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Zusätzlich zur bestehenden Steuerpflicht
673 nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität eingeführt, um rein
674 steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel zu verhindern. Wir werden regelmäßig die Steuerlücke
675 schätzen lassen. Die Steuerverwaltung muss deutlich gestärkt werden. Um Vollzugsdefizite bei
676 der Bekämpfung von Steuervermeidung großer Konzerne und reicher Bürger*innen zu beheben,
677 schaffen wir eine Spezialeinheit auf Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir härter, die
678 Umgehung der Grunderwerbsteuer mit Share-Deals muss endlich unterbunden werden. Cum-ex-
und
679 Cum-cum-Geschäfte beenden wir, wo sie immer noch möglich sind.

680 **Konzerne angemessen besteuern**

681 Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe. So fehlen
682 Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen verschaffen sich unfaire

683 Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen. Wir wollen dafür sorgen, dass
Konzerne
684 ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich machen
müssen,
685 und setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung eines solchen Country-by-Country-
686 Reportings auf europäischer Ebene ein. In Europa führen wir eine gemeinsame
687 Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und einen Mindeststeuersatz von
688 mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google, Facebook und Co. werden mit einer
689 Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Banken und Steuerberater*innen verbieten

690 wir, Geschäfte in Steuersümpfen zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir setzen uns dafür
691 ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU überzugehen. Soweit
692 europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter Zusammenarbeit oder
693 gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen mit einer
694 verschärften Zins- und Lizenzschränke und mit Quellensteuern vor.